

VLI Frühjahrstagung in Leverkusen – „Wertschöpfungsketten der grünen Branche sichern“

Wertschöpfungsketten der grünen Branche sichern, war das Thema, unter dem die Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie zu ihrer Frühjahrstagung am 24. April 2024 auf Einladung der Bayer AG im Kasino Hotel Leverkusen zusammenkam. Etwa 75 VLI-Mitglieder und Gäste nahmen an der Diskussionsrunde teil.

Die Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie bietet sich hervorragend dafür an, mit ihren Vertretern aus allen Bereichen der Agrarbranche über die Entwicklung der Food-Chain zu diskutieren. Eben diese Thematik ist aktueller denn je, fordern doch politische Regulierungen unter der Überschrift des *Green Deals* und sich stetig ändernde Bedürfnisse der Gesellschaft ein, dass sich die Wertschöpfungskette entsprechend anpasst. Moderator **Guido Höner**, Chefredakteur der *top agrar*, diskutierte mit seinen Gästen über die Entwicklung in der Tierhaltung und im Ackerbau. Außerdem wurde thematisiert wie es nach den Treckerprotesten weitergeht und welchen Einfluss Klimabilanzen auf die Wertschöpfungskette haben.

Harry Smit, Senior Analyst Farming bei RaboResearch Food & Agribusiness, führte mit einem Vortrag darüber, wie sich der *Green Deal* auf die Landwirtschaft und die dazugehörige Wertschöpfungskette auswirkt, ein. Klar sei, dass der *Green Deal* ein ehrgeiziges Ziel für eine nachhaltigere Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie abbilde, bereits für einige Veränderungen gesorgt habe und noch weitere mit sich bringen werde. Nach Smit ist ein weiteres Mengenwachstum der landwirtschaftlichen Naturalerträge nicht zu erwarten. Außerdem werde sich die Transformation der Prozesse eher auf eine Veränderung der Produktionsverfahren beschränken, als dass mit Innovationen bei Betriebsmitteln zu rechnen sei. Um die Kosten, die auf den Betrieben durch die Nachhaltigkeitskriterien entstehen, entlang der Wertschöpfungskette zurückgenerieren zu können, sei auch ein konsequentes Datenmanagement dieser Nachhaltigkeitskriterien wichtig.

Anschließend sprach Moderator Guido Höner mit seinen Gästen in gemischten Runden über die oben genannten Themen.

Carina Konrad, Mitglied des Deutschen Bundestages, FDP-Fraktion, hatte großes Verständnis für den Treckerprotest der Landwirte. Sie verteidigte den Finanzminister Christian Lindner, wenngleich die Politikerin zugab, dass die Berufsgruppe der Landwirte bei der Haushaltszusammenstellung kurz vor Weihnachten nicht ausreichend beachtet worden sei. Konrad plädierte dafür, dass die Landwirte weiterhin kompromissbereit verhandeln sollten. Beim Punkt „Bürokratie“ gab sie zu, dass „die Politik zu lange dauert“ und vieles zu bürokratisiert sei. Als Parlamentarier arbeiteten sie daran, dies zu ändern. Konrad ist keine Befürworterin des Lieferkettengesetzes. Große Anforderungen im Bereich der Dokumentation würden die Bürokratie wieder unnötig steigern. Die CO₂-Einsparung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur auf die

Landwirtschaft abgewälzt werden dürfe. Neue Züchtungsmethoden und eine hohe Flächenproduktivität sollten zur Lösung des Problems beitragen.

Eberhard Hartelt, Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd e.V., bezeichnete die politische Entscheidung über den Agrardiesel als einen Punkt, der den finalen Dammbbruch hervorgerufen hat. Der Zuspruch aus der Bevölkerung wie auch von anderen Berufsgruppen habe gezeigt, dass der Berufsstand nicht alleine mit dem Unmut über die politische Arbeit dastehe. Hartelt lobte die Mobilisierungsfähigkeit unter den Landwirten und kritisierte, dass von den angekündigten Veränderungen und der Entbürokratisierung nicht viel zu spüren sei. Der Druck unter den Landwirten steige wieder.

In der Debatte um den Ackerbau der Zukunft betonte Hartelt die Wichtigkeit von Biodiversität und Nachhaltigkeit. Eine Regulierung des Pflanzenschutzes sei nicht zielführend. Vielmehr sollten die Möglichkeiten, die moderne Züchtungsmethoden mit sich bringen, ausgenutzt werden.

Philipp Schulze Esking, DLG-Vizepräsident und Vorsitzender des DLG-Fachzentrums Landwirtschaft, sieht die Problematik in der Maßregelung der Landwirte durch die Politik. Mangelndes Vertrauen in den Berufsstand des Landwirtes sei hier als besonders belastend einzustufen. Gemeinsame Ziele und unternehmerische Freiheit für die Landwirte seien nach Schulze Esking eine bessere Grundlage für die Zusammenarbeit. Da der Druck hoch sei, bestehe aktuell eine Chance auf Erfolg bei Verhandlungen, zu dem alle etwas beitragen müssten.

Zur Diskussion um das Thema Tierwohl stellte der DLG-Vizepräsident fest, dass die Rückerstattung der Mehrkosten für mehr Tierwohl sichergestellt sein müssen. Allem voran betonte er jedoch, dass die Themen „Ernährungssicherheit“ und „Klimaschutz“ einer tierwohlkonzentrierten Politik vorzuziehen seien.

Wolfgang Schleicher, Geschäftsführer des Zentralverbands der deutschen Geflügelwirtschaft e.V., betonte, dass sich im Bereich Tierwohl bereits einiges getan habe. Der Fortschritt könnte größer sein, jedoch sei der Wandel marktgetragen und nicht politisch reguliert, was auch so bleiben müsse. Er warnte davor, zu mehr Produktion der Haltungsstufen 3 und 4 zu verpflichten, da die Gefahr der Abwanderung der Tierhaltung ins Ausland unter schlechteren Produktionsbedingungen groß sei.

In der Debatte um das Lieferkettengesetz stellte Schleicher klar, dass es der falsche Ansatz sei, die heimischen Unternehmen zu regulieren. Vielmehr müssten diejenigen, die in die EU liefern, nachweisen, dass sie die erwarteten Vorgaben einhalten.

Für **Stephanie Strottdrees**, Bioland-Hof Strottdrees, ist es wichtig, in der Debatte um eine gute Tierhaltung die Verbraucher auf den Hof zu holen, wo eine tiergerechte Haltung und gute Arbeitsweise für den Menschen transparent präsentiert werden könne. Eine Produktion von tierischen Erzeugnissen für den Weltmarkt stellte sie infrage, weil eine Balance zwischen Futtermitteln, Mist und Erzeugnissen nur auf regionaler Ebene

garantiert werden könne. Die begrenzte Nachfrage nach Premiumfleisch bestätigte Strottdrees durch den zuletzt wahrgenommenen Nachfragerückgang in der Biobranche. Im Bereich Ackerbau spricht sich die Biolandwirtin gegen den Einsatz von Züchtungsmethoden wie Crispr Cas und Co aus. Sie fürchte eine Abhängigkeit von Saatgutproduzenten, erklärte sie.

Dr. Thorsten Krämer, Leiter Dienstleistungsbereich Pflanzliche Produktion bei der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main AG, betonte, dass es der falsche Weg sei, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Wirkstoffen zu begrenzen. Mit sehr geringen Aufwandmengen für die Wirkstoffanwendung je Hektar und der Prämisse, dass der chemische Pflanzenschutz nur die Spitze im integrierten Pflanzenschutz darstelle, komme den chemischen Pflanzenschutzanwendungen weiter eine hohe Bedeutung zu. Laut Krämer engagiert sich die RWZ gemeinsam mit der BASF SE im Projekt „Klimapartner Landwirtschaft“. Ziel sei es, Landwirte zu unterstützen, ihre CO₂-Emissionen von der Aussaat bis zur Ernte zu senken. Einsparungen seien vor allem durch die Anwendung von Prognosemodellen im Bereich Pflanzenschutz und durch die gezielte Düngung möglich.

Abgerundet wurde das Panel durch ein Kurzinterview mit **Prof. Dr. Regina Birner**, Co-Sprecherin der Zukunftskommission Landwirtschaft. In einem Ende April an den Kanzler zu übersendenden Eckpunktepapier formuliere die ZKL aktuell konkrete Vorschläge für veränderte Rahmenbedingungen im landwirtschaftlichen Bereich, erklärte sie. Erst vor kurzem habe die ZKL gemeinsam mit dem Bundeskanzler getagt. In einem konstruktiven Austausch habe die Ampelregierung in Aussicht gestellt, dass noch vor der Sommerpause erste Lösungsansätze vorgestellt werden. Sie brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass bei einem weiteren Treffen der ZKL mit dem Kanzler am Jahresende schon ein Fortschritt festgestellt werden könne.

Julius Pellengahr-Gröblinghoff